Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Böni, Otto**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 3

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Blick in die Zeitschriften

Chile nach dem Militärputsch

Mit «Chile: Die Hölle hinter verlockenden Schaufenstern» ist ein grösserer Beitrag von Jakob Moneta in Heft 283 des monatlich in Brüssel erscheinenden offiziellen Organs des Bundes Freier Gewerkschaften, *«freie gewerkschaftswelt»* überschrieben. Er zeigt in informativer Weise einige Aspekte der gegenwärtigen Situation in diesem Andenstaat. In Gewerkschaftskreisen Chiles nimmt man an, dass 10 000 bis 15 000 Menschen von den neuen Machthabern ermordet wurden. In den verschiedenen Botschaften ausländischer Mächte haben über 1000 Personen Zuflucht gefunden, die befürchten mussten, erschossen, gefoltert oder in eines der vielen Konzentrationslager gesteckt zu werden. Auf die Köpfe ehemaliger Minister, Abgeordneter und Gewerkschaftsführer sind Höchstprämien ausgesetzt. Letztere sind daher auch nicht mehr in der Lage, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Einkommen seit der Machtübernahme der Junta um mindestens vierzig Prozent gesenkt worden ist, zu verteidigen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote von drei auf zehn Prozent, und man erwartet, dass im Jahr 1974 jeder Fünfte arbeitslos sein wird.

Die chilenische Arbeiterbewegung hat eine grosse demokratische Tradition. Als einziges Land Lateinamerikas hat Chile eine Einheitsmassengewerkschaft aufgebaut, die CUT. Sie wurde von den neuen Machthabern aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Gerüchten zufolge sollen gewisse amerikanische Gewerkschaften versuchen, «antikommunistische» Verbände aufzubauen. Darüber sind die chilenischen Gewerkschafter sehr beunruhigt, wollen sie doch an ihrer demokratischen Einheitsgewerkschaft festhalten, um so mehr, da ihnen bewusst ist, dass Spaltergewerkschaften zu reinen Werkzeugen der Militärjunta würden. «Viele Gewerkschaftsfunktionäre sind einfach verschwunden. In den Gefängnissen und KZs von Pisagoa und Quiriqina, Los Angeles, Osorno, Angol, Punta Arenas, San Antonio, auf den KZ-Inseln sitzen Tausende Gewerkschafter. Von Militärgerichten werden furchtbare Terrorurteile gegen sie verhängt. Einige Konzentrationslager wurden in absolut unbewohnbaren Zonen errichtet. Dorthin werden vornehmlich militante Funktionäre geschickt.»

Im letzten Abschnitt seines Beitrages geht Moneta der Frage nach, ob Allende die Verfassung verletzt hatte. Er kommt zum Schluss, dass gerade das Gegenteil der Fall war. Allende war immer weiter zurückgewichen, und statt den Gewerkschaften zu vertrauen, zog er die Militärs in die Politik hinein. Er meint, und das ist die Meinung vieler chilenischer Gewerkschafter: «Hätte die ‚Unidad Popular' den Mut gehabt, zwei Dutzend Generäle und drei Dutzend Spekulanten so zu behandeln, wie man heute mit Tausenden umgeht, dann hätte das den Chilenen wohl viele Opfer und Pein erspart.»

Hinweise

Das Februar-Heft der in Zürich erscheinenden *«Schweizer Monatshefte»* ist dem Themenkreis «Energiekrise – Verkehr – Umweltschutz» gewidmet. Michael Kohn äussert sich zu den «Perspektiven der schweizerischen Energiepolitik», Hans-Reinhard Meyers Arbeit ist mit «Erdölkrise, Verkehr und Umweltschutz» überschrieben und Bernhard Bittig wirft die Frage auf: «Ist eine umweltgerechte Ökonomie möglich?» Nummer 1 der *«Neuen Gesellschaft»* (Bonn-Bad Godesberg) befasst sich recht ausführlich mit Skandinavien im allgemeinen und mit der skandinavischen Sozialdemokratie im speziellen. Sie lässt dabei prominente Sozialdemokraten aus Schweden, Norwegen und Dänemark zu Worte kommen. Die Thematik der vom DGB im Kölner Bund Verlag herausgegebenen *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* lautet «Gastarbeiter – Sklaven der Wohlstandsgesellschaft?» Die fünf Hauptbeiträge sind wie folgt überschrieben: «Alternativen der Ausländerbeschäftigung», «Entwicklung und Struktur der Ausländerbeschäftigung», «Integration als Gleichberechtigung – eine Kritik von Integrationskonzepten aus marxistischer Sicht», «Gastarbeiter – Menschenmaterial oder Menschen?» und «DGB und Ausländerbeschäftigung».

Die Westberliner Zweimonatsschrift *«alternative»* veröffentlicht in ihrer Nummer 93 die «Brecht-Materialien II». Sie behandeln die Rezeption Brechts in der Bundesrepublik, das heisst, sie zeigen auf, wie seine Stücke sich trotz den Polemiken und Boykotten durchsetzten und wie unterschiedlich die Literaturkritik in der BRD sich mit Brecht auseinandersetzte. Es ist höchst interessant, wie antiquiert und polemisch gewisse Auseinandersetzungen heute anmuten. Otto Böni

---

Die bisherige Bodenordnung und Eigentumsregelung hat, eindeutig und für jeden sichtbar, enorm sozialschädliche Wirkungen hervorgerufen. Was den Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundstückseigentümer nicht hindert, das Grundgesetz verfassungswidrig zu interpretieren und nur die ins eigene Konzept passenden Rosinen herauszupicken: «Der tragende Gehalt der das Eigentum schützenden Grundrechtsvorschriften des Artikels 14 darf nicht unter Berufung auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums unterlaufen werden». Artikel 20 des Grundgesetzes definiert aber die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Daraus leitete Gerhard Leibholz in seiner Funktion als Richter am Bundesverfassungsgericht schlüssig ab: Das im Grundgesetz verankerte Bekenntnis zum Sozialstaat habe dieselbe Bedeutung wie das Bekenntnis zum Rechtsstaat. Karl-Ludolf Hübener in «Die Neue Gesellschaft»